

Daten pendeln, nicht die Bürger

Graz: Konferenz über e-government / Die erste Bürgerkarte wurde gezeigt

VON ULRIKE JANTSCHNER

Der Meldevorgang dauert keine zwei Minuten mehr, anstatt von Amtstür zu Amtstür rennen. Über eine Bürgerkarte können Handy-User ihre elektronische Unterschrift für behördliche Schriftstücke geben: Die Voraussetzung für eine moderne effiziente Verwaltung.

Im Internet ist ein Formular auszufüllen und an das Amt zu schicken. Die Zustellung des „Meldescheins“ erfolgt prompt und elektronisch. Bezahlt wird über E-banking: 16 Euro kostet dieser Vorgang.

Mobilkom Austria hat hier die Nase vorn. Generaldirektor Boris Nemsic präsentierte

in Graz am Rande der e-government-Konferenz des Bundeskanzleramtes die erste Bürgerkarte und übergab sie Staatssekretär Helmut Kukacka, der sie öffentlich

Der elektronische Beamte: Keine Vision

Gesetz Ab 1.1. 2004 soll das e-government-Gesetz wirksam sein. Dann können elektronische Dienstleistungen umgesetzt werden. Der Ministerratsbeschluss fiel im Mai.

gleich ausprobierte.

Solange die elektronische Verwaltung nicht in ein Gesetz gegossen ist, sind das Spielereien. Abgesehen vom steirischen Familienpass und

anderer kleiner Serviceleistungen ist der Staatsbürger noch auf Gedeih und Verderb den Ämtern ausgeliefert.

Im Grazer Congress vor hunderten, großteils jünge-

Elektronische Signatur Handynummer wird registriert. Per SMS erhält man einen Code, der ins elektronische Antragsformular einzutragen ist. Dann ist der Antrag signiert.

ren Beamten wurde die Zukunft der modernen Verwaltung skizziert. Informationen wurden freilich noch auf Unmengen von Papier, nicht auf Disketten gegeben. Draußen

im Foyer drängten sich die Anbieter der Telekommunikation und Informationstechnologie. Jeder wittert im überbürokratischen Staat Österreich das große Geschäft.

SICHERHEIT Es gibt noch viel zu tun für Logistiker und Techniker, damit möglichst alle Institutionen miteinander vernetzt sind und Sicherungen gegen Datenmissbrauch eingebaut sind.

Nicht nur um Zeit, auch um Geld geht es. Allein das Bundesministerium für Finanzen und das Justizministerium versenden pro Jahr 30 Millionen Schriftstücke. Bei 7 Euro pro RSA- oder RSB-Brief wär's eine große Ersparnis.